

Mehr Schutz für Azubis

Der »Ausbildungsreport 2011« der DGB-Jugend zeigt: Unhaltbare Ausbildungsbedingungen müssen dringend bekämpft werden. Von René Rudolf

Für unseren diesjährigen Ausbildungsreport haben wir die Auszubildenden auch erstmals danach gefragt, wie sie sich während ihrer Ausbildung im Betrieb behandelt fühlen. Und knapp die Hälfte gab an, während der Ausbildung ungerecht behandelt worden zu sein oder noch immer zu werden. Besonders Frauen in den weiblich dominierten Berufen sind davon betroffen, sie werden dreimal so häufig wie Männer in den männlich dominierten Berufen ungerecht behandelt.

Bei fast zwei Drittel der Befragten kommt dies durch unbegründete Kritik an der Arbeit zum Ausdruck. Etwa die Hälfte benannte sinnlose Aufgaben. Ein Viertel der Befragten sah sich der Verbreitung von Gerüchten ausgesetzt, und gegenüber fast jedem und jeder fünften wurde

Druck ausgeübt. Dabei wurde auch die Androhung oder Ausübung körperlicher Gewalt und sexuelle Belästigung genannt.

Die Ergebnisse dürfen unter keinen Umständen bagatellisiert werden: Ungerechte Behandlung lässt sich weniger auf persönliche Konflikte mit Vorgesetzten und KollegInnen zurückführen als vor allem auf strukturelle Ursachen innerhalb der Betriebe. Die Gegenprobe bringt es an den Tag: Wo die Rahmenbedingungen der Ausbildung stimmen und das Arbeitsklima gut ist, haben Auszubildende kaum den Eindruck, schlecht behandelt zu werden.

Ein anderes Thema: Grundsätzlich gelten für minderjährige Auszubildende die gesetzlichen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes (JArbSchG). In den letzten Jahren gab es immer wieder massive Angriffe auf das JArbSchG. Besonders die Arbeitgeber in der Hotel- und Gastronomiebranche forderten vehement eine Aufweichung des Schutzgesetzes – und die schwarz-gelbe Koalition nahm die Forderung gar in ihren Koalitionsvertrag mit auf. Dort steht: »Ausbildungshemmnisse im Gastgewerbe werden durch ein flexibleres Jugendarbeitsschutzgesetz abgebaut.« Überflüssig festzustellen, dass auch die Ausbildungsqualität in dieser Branche am meisten zu wünschen übrig lässt.

Das JArbSchG als Ausbildungshemmnis zu bezeichnen, ist und bleibt eine nicht hinnehmbare Diffamierung. Junge Menschen benötigen ausreichend Schutz in der Ausbildung, insbesondere in der Startphase ihres Berufseinstiegs. Im Mai dieses Jahres ist der Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung des JArbSchG erschienen. Dieser zeigt deutlich, dass eine weitere Ausdehnung der Arbeitszeit in die Abend- und Nachtstunden – wie von der Hotel- und Gastronomiebranche gefordert – die Gesundheit der Jugendlichen eindeutig gefährdet.

Es ist zu hoffen, dass die Debatte um eine Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzes damit beendet ist und stattdessen endlich den Verstößen gegen das JArbSchG stärker nachgegangen wird. (Weiter auf Seite 3) ▀

René Rudolf ist DGB-Bundesjugendsekretär.



Ausgabe Oktober 2011

inhalt

3 thema

Der Ausbildungsreport

4 schule, ausbildung, studium + beruf

Zur Mobilität Auszubildender
Praktika: Endlich eine europaweite Studie

5 azubi-ratgeberin

Übernehmen Sie!

6 projekte

Die wichtigsten BJA-Beschlüsse

7 bezirke + gewerkschaften

Köln: Der Aktionstag der IG Metall-Jugend

Berufsgruppe Studierende



Im Rahmen einer bundesweiten Studie untersucht das Institut für Soziologie der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg die Situation studentischer Hilfskräfte an Hochschulen im deutschen Bildungssystem. ▀

Der Fragebogen im Internet: <http://bit.ly/hiuzd9>

Praktis im Betrieb



Die neue DGB-Jugend-Broschüre »Praktikantinnen und Praktikanten im Betrieb« für Betriebsräte und JAVis ist da! Information ist alles: Denn auf die Gestaltung von Praktikumsverhältnissen lässt sich Einfluss nehmen – und das kommt allen zu Gute. ▀

www.dgb-jugend/broschueren.de

Wo sind Gewerkschaftsaktionen? Wie finde ich sie? Jetzt gibt es die »Union Around App«, das ultimative Werkzeug fürs gewerkschaftliche iPhone und andere Handys. Im App-Store und auf Android

Wie jedes Jahr

Im Pisa-Test durchgefallen // Deutschland ist weit von einer Bildungsrepublik entfernt – zumindest, wenn man den Zahlen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) glauben will. Bei der diesjährigen Vorstellung des OECD-Berichts »Bildung auf einen Blick 2011« (»Pisa-Test«) im September 2011 erlangten die deutschen SchülerInnen in Vergleichstests traditionsgemäß äußerst magere Ergebnisse.

Die Bundesregierung aber auch: Von 36 untersuchten Staaten investieren lediglich Indonesien, Tschechien, die Slowakei, Russland und Ungarn einen geringeren Anteil ihrer Wirtschaftskraft in ihr Bildungswesen.

»Wir brauchen massive Investitionen in Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und die soziale Öffnung der Hochschulen. Allein in den Grundschulen gibt Deutschland pro Schüler rund 1.000 Dollar weniger aus als der OECD-Durchschnitt«, kritisiert die stellvertretende DGB-Vorsitzende **Ingrid Sehrbrock**.

Soli aktuell findet: Das geht erheblich besser, Politik!

www.dgb.de/-/w8W

American Dream

Wall-Street-Protest // Jetzt haben die USA auch ihren Stuttgarter Bahnhof, allerdings etwas anders: Seit September 2011 zieht die Jugend über die New Yorker Wall Street, um mit Demos und vielen Aktionen gegen deren Gebaren die dort ansässige Finanzbranche tiefer zu legen. Tenor: »Der American Dream gilt nicht nur für die Reichen.«

Die jungen DemonstrantInnen werden von Gewerkschaftsgruppen unterstützt.

Sommer warnt

Weltweite Jugendarbeitslosigkeit // Der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) und DGB-Vorsitzende **Michael Sommer** hat vor den Ausmaßen der globalen Jugendarbeitslosigkeit gewarnt. »Weltweit müssen Jobs, Jobs, Jobs und Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden, um der Jugend eine Zukunftsperspektive zu geben.«

Die G-20-Staaten sollen die Schaffung neuer Arbeitsplätze ins Zentrum ihres Kampfes gegen die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise stellen. Sommer drängt auf einen weltweiten Jugendbeschäftigungspakt.

Der Hintergrund: In den kommenden Jahren gibt es jedes Jahr zusätzlich 45 Mio. junge Menschen auf den Arbeitsmärkten. Die ArbeitsministerInnen der G20-Staaten haben sich nun auf eine »Taskforce« zur Jugendarbeitslosigkeit geeinigt.

www.dgb.de/-/wnu



M. Sommer

Jugend ist verrückt

Karriereplanung // Und noch eine Jugendstudie mit tollem Ergebnis: Leistung und beruflicher Erfolg sind Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren in Deutschland genauso wichtig wie Partyspaß und ein großer Freundeskreis. Dass »bereits die 12- bis 14-Jährigen so leistungsorientiert und auf den Beruf fixiert« seien, sei aber überraschend, tun die ForscherInnen (»Ist die Jugend noch zu retten?«) in den Diensten des Bauer-Verlages und der Axel Springer AG überraschend überrascht kund. Für die Zahlen wurden 32.000 Menschen befragt.

Soli aktuell glaubt: Wir haben schwierige Zeiten. Da staunt selbst der Großkonzern.

<http://bit.ly/nljhxx>

Eltern überfordert

Familienplanung // Immer mehr Mütter und Väter werden bei der Erziehung ihres Nachwuchses von Fachleuten beraten und unterstützt. Rund 367.000 Kinder erhielten im vergangenen Jahr erstmals eine solche Erziehungshilfe vom Jugendamt oder einer Beratungsstelle – 5.000 mehr als im Vorjahr. Das sind 3,6% aller Kinder unter 14 Jahren in Deutschland. Die Erziehungsberatung macht den größten Teil der Hilfen aus.

www.destatis.de

Zwangsexmatrikuliert

Hochschulen gegen Studis // Bundesweit werden in den nächsten Semestern tausende StudentInnen von den Hochschulen vor die Tür gesetzt, weil sie angeblich nicht schnell genug studiert haben. Darauf weist der freie Zusammenschluss der studentInnenschaften (fzs) hin. Die Hintergründe, warum die Betroffenen länger an der Uni zubrachten als von den Hochschulleitungen vorgesehen, würden in diesem Prozess leider nicht beachtet, kritisiert der fzs. Soziale Härtefälle, gesellschaftliches Engagement, Kinderbetreuung, Pflege von Angehörigen, chronische Krankheiten und weiteren Gründen für ein verlängertes Studium werde keine Beachtung geschenkt.

Soli aktuell meint: Ihr macht's euch zu einfach, Hochschulen.

Infos zum Thema gibt's auf dem Blog

www.zwangsexmatrikuliert.de

Im Aufwärtstrend

Wissenschaft: SchülerInnen schlanker // Seit den achtziger Jahren steigt die Zahl der übergewichtigen SchulanfängerInnen in Deutschland kontinuierlich an. Nun scheint dieser Trend zumindest gebrochen, stellt eine Arbeitsgruppe der Universitätskinderklinik in Ulm nach Sichtung der Untersuchungsergebnisse von mehr als 600.000 EinschülerInnen aus allen Bundesländern fest. Die Zahlen reichen von einem Rückgang von 3% für Übergewicht bis zu 1,8% für Adipositas.

Soli aktuell meint: In unserer Redaktion sind alle normal dick.

www.dgkj.de

Bachelor vorn

Studienabschlüsse 2010 // Im Prüfungsjahr 2010 erwarben 31% der insgesamt rund 361.700 HochschulabsolventInnen einen Bachelorabschluss. Damit lag ihr Anteil erstmals über den traditionellen universitären Abschlüssen (2010: 29%).

www.destatis.de

HNG verboten

Aus für Nazi-Verein // Bundesinnenminister **Hans-Peter Friedrich** (CSU) hat die rechtsextreme Hilfsorganisation für Gefangene (HNG) verboten. Der Verein lehne den demokratischen Rechtsstaat ab und verherrliche den Nationalsozialismus, erklärte Friedrich im September 2011 in Berlin.



H.-P. Friedrich

Die HNG ist – bzw. war – mit rund 600 Mitgliedern der größte bundesweit tätige Neonazi-Verein in Deutschland.

Soli aktuell sagt: Wurde auch Zeit.

Ausbildungskosten absetzen

Bundesfinanzhof entscheidet // Wer eine Ausbildung oder ein Studium absolviert, kann dafür unter gewissen Bedingungen bald mehr Kosten von der Steuer absetzen. Das hat der Bundesfinanzhof entschieden. Bisher konnten lediglich 4.000 Euro im Jahr geltend gemacht werden.

Soli aktuell wird noch mehr darüber berichten und weiß: Ein Urteil mit Hindernissen.

www.dgb-jugend.de/studium

Jugendprogramme fusionieren

EU-Pläne // Im Sommer hat die EU-Kommission ihren Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2014 bis 2020) veröffentlicht. Darin stellt sie die Idee eines integrierten Bildungsprogramms »Bildung Europa« vor. In ihm sollen u.a. die bisherigen Programme »Lebenslanges Lernen« sowie »Erasmus Mundus« und »Jugend in Aktion« zusammengeführt werden. Die bestehenden Programme werden aufgelöst. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), dessen Mitglied die DGB-Jugend ist, spricht sich für den Erhalt von »Jugend in Aktion« aus.

Eine Einschätzung der deutschen Agentur für das

Programm »Jugend in Aktion« findet sich unter

<http://bit.ly/jugend-in-europa>

www.dbjr.de

Angleichung

Abiturquote in Jahrzehnten // Frauen machen mittlerweile deutlich häufiger Abitur als Männer: 47% aller Frauen, aber nur 38% der Männer in der Altersklasse von 20 bis 24 Jahren hatten 2010 Abitur.

Früher war das anders: In der Altersklasse 65+, die also in der Regel vor 1946 die Schule beendet hat, haben 8% der Frauen und 20% der Männer diesen Schulabschluss.

www.destatis.de

Die Qualität rutscht ab

Ausbildungsreport 2011: Keine Besserung in Sicht, trotz Fachkräftemangel. Im Fokus der Kritik: Die Hotel- und Gaststättenbranche.

Der Ausbildungsreport der DGB-Jugend untersucht die Qualität der Ausbildung anhand verschiedener Kriterien: Arbeitszeiten, Vergütung und fachliche Anleitung. Er zeigt auch, in welchen Branchen die Ausbildung gut ist. Er bietet Orientierung für junge Menschen und kann Missstände aufdecken.

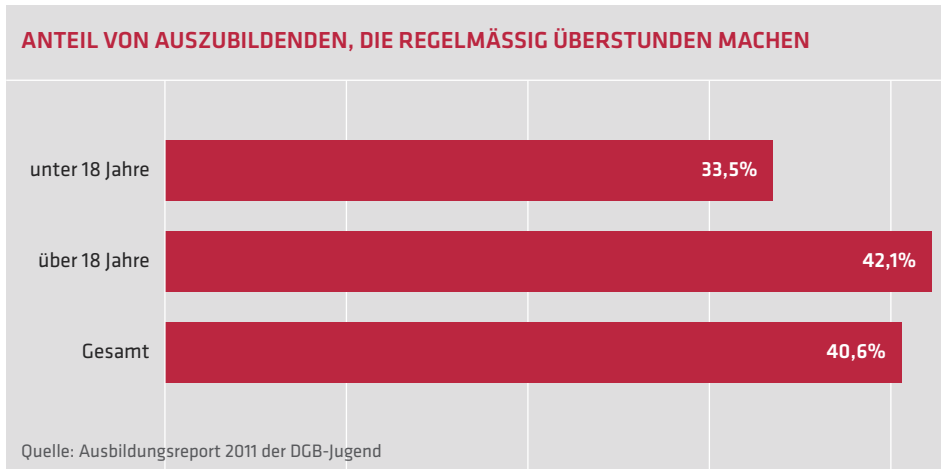
Und leider ist er nötig: Zwar werden die Klagen der Wirtschaft über fehlende Auszubildende und Fachkräfte immer lauter. Aber die Schwächen der Ausbildung werden in einigen Bereichen trotzdem nicht beseitigt. Schwer zu glauben, aber wahr: Die Qualität der Ausbildung rutscht sogar weiter ab.

9.325 Auszubildende in den 25 häufigsten Ausbildungsberufen gaben der DGB-Jugend Auskunft – 2.000 Menschen mehr als im vergangenen Jahr. Im Ranking der 25 häufigsten Ausbildungsberufe in Deutschland hat sich wenig verändert. Die besten Beurteilungen für die Qualität der eigenen Ausbildung gab es erneut von angehenden Bank- und Industriekaufleuten sowie MechatronikerInnen. Auf den letzten drei Rängen sind wie im Vorjahr die Ausbildungsgänge für FachverkäuferInnen im Lebensmittelhandwerk, Restaurant- und Hotelfachleute gelandet – die rote Laterne leuchtet traditionell überm Hotel- und Gaststättengewerbe.

»Kein Zufall«, kommentierte DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf anlässlich der Präsentation der umfangreichen Studie in Berlin Mitte September 2011. Schließlich müssen zwei Drittel der Auszubildenden in der Hotel- und Gastronomiebranche regelmäßig Überstunden machen – ca. neun Stunden pro Woche. Gleichzeitig herrscht häufig ein rauer Umgangston – bei oft schlechter Betreuung durch die AusbilderInnen. »Bei den Auszubildenden herrscht das Gefühl vor, dass sie als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden«, so Rudolf.

Gerd-Joachim Langecker, Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft NGG wundert sich nicht, dass die Branche in Schwierigkeiten ist: »Es ist erschreckend, unter welchen Bedingungen viele Auszubildende im Gastgewerbe zu leiden haben.«

Die Alarmsignale schrillen seit langem.



Allzweckwaffe Überstunden: Sieht so die Bekämpfung des Fachkräftemangels aus?

Die Alarmsignale schrillen seit langem: Die Hotel- und Gastronomiebranche hat allein in den letzten vier Jahren mehr als 20.000 Auszubildende verloren und führt die Hitliste der Branchen mit unbesetzten Ausbildungsstellen an. Ein Highlight der besonderen Art: 44 Prozent der Köche brechen ihre Ausbildung ab.

Während 2007 noch mehr als 107.000 junge Menschen im Gastgewerbe ausgebildet wurden, waren es 2010 nur noch knapp mehr als 86.000.

Dabei ruft niemand so laut nach Fachkräften wie die Hoteliers und Gastronomen. Die zuständige Dachorganisation, der deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga), stellt seinen Mitgliedern schon Checklisten zur Verfügung, wie sie die Ausbildungsqualität verbessern können. Noch mehr aber berät er die potenziellen Auszubildenden: Sie sollen Praktika absolvieren, damit der »Praxischock« vermieden werde, zum Beispiel beim Thema Arbeitszeiten, heißt es in einer Erklärung zum Ausbildungsreport.

Ratschläge gibt's auch für andere: Schulen sollen für ausbildungsfähige Jugendliche sorgen, »Eltern müssen ihren Kindern wieder Grundwerte wie Leistungsbereitschaft und Höflichkeit vermitteln.«

Eine weitere Adresse: die Politik. Sie »muss Berufsorientierung und Beschäftigung fördern und die Zuwanderung an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausrichten.«

Der Dehoga Thüringen hat für seine Mitglieder gar ein Dossier mit »Argumenten« zusammengestellt, warum die DGB-Zahlen im Allgemeinen wenig aussagekräftig seien (»Die Heraufsetzung der Nachtruhezeit im Jugendarbeitsschutzgesetz von 22 auf mindestens 23 Uhr ist längst überfällig... Die Schichtzeit muss von elf auf zwölf Stunden verlängert werden. So würden insbesondere die Ausbildungschancen für Haupt- und Realschüler verbessert«; <http://bit.ly/nu8oPc>)

Fraglich ist, ob das irgendwem hilft. Langecker schlägt eine Höflichkeitsoffensive der anderen Art vor: »Statt immer wieder über die angeblich so schlechten Ausbildungsbewerber zu klagen, sollten die Betriebe endlich ihren Auszubildenden mit Respekt begegnen und die Ausbildungsbedingungen verbessern.«

Ein weiteres gravierendes Ergebnis des Reports: Nach wie vor gibt es auch auffällige geschlechtsspezifische Unterschiede in der Ausbildung. Noch immer entscheiden Frauen und Männer sich für unterschiedliche Ausbildungen, was zu deutlich männlich und weiblich dominierten Berufen führt. Zu den »Männerberufen« gehören unter anderem Metallbauer, Anlagenmechaniker und Elektroniker.

Frauen entscheiden sich öfter für eine Ausbildung zur Friseurin, Kauffrau für Bürokommunikation oder Medizinischen Fachangestellten. Sie bekommen weniger Geld und Urlaub, müssen öfter Überstunden leisten und erhalten gleichzeitig einen schlechteren Überstundenausgleich.

Und noch ein ganz dickes Thema präsentiert der Report: die Übernahme. Zum Zeitpunkt der Befragung wussten 65,9 Prozent aus allen Ausbildungsjahren noch nicht, ob sie am Ende der Ausbildung übernommen werden.

»Die DGB-Jugend fordert die Arbeitgeber auf, junge Auszubildende nach dem erfolgreichen Abschluss zu übernehmen und ihnen eine reelle Chance zu bieten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen«, sagt Rudolf. ▀



Der Ausbildungsreport 2011 der DGB-Jugend im Internet: www.dgb-jugend.de/ausbildung/ausbildungsreport

Reisen bildet

Eine neue Studie untersucht die europaweite Mobilität in der Berufsbildung – eine zweiseitige Sache.

Von wegen unflexibel: Auszubildende und BerufsfachschülerInnen aus Deutschland sind beruflich wesentlich mobiler als bisher angenommen. Das geht aus einer neuen Studie im Auftrag des Bundesinstituts für Berufsbildung hervor.

Laut den Ergebnissen der Umfrage »Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung« haben demnach in den Jahren 2007 bis 2009 rund 23.500 junge Menschen in der Erstausbildung jährlich ein Praktikum oder einen vergleichbaren Lernaufenthalt im Ausland absolviert. Bisherige Berechnungen gingen von 50 Prozent weniger aus.

Im Durchschnitt haben drei Prozent aller Auszubildenden und BerufsfachschülerInnen Auslandspraktika und andere vergleichbare Maßnahmen absolviert. Die Mobilitätsanteile von BerufsfachschülerInnen sind mit 3,4 Prozent etwas höher als die der Auszubildenden mit 2,9 Prozent.

Insgesamt beteiligen sich pro Jahr ca. 23.000 junge Leute am transnationalen Lernen. Am gefragtesten sind das EU-Austauschprogramm »Leonardo da Vinci« und die bilateralen Austauschprogramme des Bundesbildungsministeriums: Auf sie entfallen ca. 10.700 Auslandsaufenthalte, das sind 45 Prozent.

Ein Engagement, das beim DGB zunächst einmal positiv bewertet wird: »Solche Programme stärken die Motivation ungemein. So gesehen eine schicke Sache«, sagt Hermann Nehls aus der Abteilung Bildung beim DGB-Bundesvorstand. Allerdings: Die Chancen müsse es für alle geben, sonst bilde sich hier eine »Azubi-Elite« heraus, sozusagen in Zweiklassen-Ausbildung.

Weit verbreitet ist die Praxis des Azubi-Versands noch nicht: Von allen Ausbildungsbetrieben entsenden nur ein Prozent regelmäßig Auszubildende ins Ausland, weitere fünf Prozent selten. Den meisten Betrieben ist gar nicht bekannt, dass es Mobilitätsprogramme gibt. Die Studie kommt zu dem Schluss: »Die Betriebe sind eher passiv und erwarten, dass Berufsschulen, Kammern, Innungen und andere Organisationen auf sie zukommen.«

Nehls sieht Mobilität aber auch im Zusammenhang mit der Lissabon-Strategie – und da hat sie einen durchaus zwiespältigen Charakter: Im Sinne einer verschärften internationalen Konkurrenz soll ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt entstehen – mit hochflexiblen Arbeitskräften. Nehls: »Mobilität darf kein Zwang sein.«

Die Studie »Verdeckte Mobilität in der beruflichen Bildung« im Internet: <http://bit.ly/jdul3b>

Infos über Auslandsaufenthalte: www.eu-bildungsprogramme.info

Die Datenlage

53,5 Prozent wollen laut DGB-Jugend-Umfrage während der Ausbildung genug Geld – und hinterher einen Job mit Perspektive.

44,5 Prozent wollen demnach ein gutes Schulsystem – und auch ohne reiche Eltern studieren dürfen.

29,4 Prozent wollen gute Schulen und Ausbildungsstätten – und nicht ihre Zeit verschwenden.

22,5 Prozent wollen Bildung genießen – ohne tausend Nebenjobs.

18,9 Prozent wollen keine Studiengebühren – auch wenn die Unis voller werden.

13,6 Prozent sagen: Gelernt habe ich genug – jetzt will ich endlich Geld verdienen.

5,2 Prozent wollen nach der Ausbildung nicht nur Praktika machen. ▀

Stand der DGB-Jugend-Umfrage »Wie willst du leben?« im Oktober 2011. Ca. 8.000 junge Menschen haben jetzt den Fragebogen ausgefüllt. www.wie-willst-du-leben.de



International prekär

Das Europäische Jugendforum hat Datenmaterial über die europaweite Verbreitung von Praktika zusammengetragen. Fazit: Sie sind hauptsächlich eine Form der Umsonstarbeit.

Das Praktikum mit all seinen schrägen Ausformungen – ohne Vertrag, ohne Vergütung, als Verdrängung regulärer Arbeit – ist beileibe keine deutsche Besonderheit. Von April bis Juni 2011 hat das Europäische Jugendforum die Situation von PraktikantInnen in Europa untersucht, über 4.000 Menschen beantworteten die Fragen.

Wichtigstes Ergebnis der Studie: Drei von vier jungen Menschen erhielten überhaupt keine oder eine lächerliche Vergütung. Mehr und mehr junge Menschen fänden sich mit schlechtbezahlter Arbeit konfrontiert, die ihnen bei ihrer Ausbildung nicht unbedingt weiterhelfe – und

noch schlimmer: Sie haben überhaupt nichts in der Hand, was mit Sozialversicherungen zu tun hätte. Auch bei der Krankenversicherung heißt es oft: Fehlanzeige.

Die meisten PraktikantInnen sind unter 25 Jahre alt, absolvieren zwischen vier und sechs Monaten in einem Betrieb. Danach folgt dann: das nächste Praktikum. Hauptmotivation fürs Praktikum ist die Verbesserung der Aussichten auf reguläre Arbeit – die es aber oft nicht gibt. Viele sind auf die Unterstützung ihrer Eltern angewiesen, auf Ersparnisse oder andere Geldquellen.

Am 20. September 2011 wurden die Ergebnisse im Europaparlament präsentiert. Der Präsident des Europäischen Jugendforums, Peter Matjašič, forderte angesichts der Ergebnisse Qualitätsstandards für Praktika und Ausbildungsgänge in ganz Europa. »Es muss sichergestellt werden, dass junge Menschen ihre Rechte bekommen.«

In Deutschland wird in Sachen Praktika weiterhin kein Handlungsbedarf gesehen, im Gegenteil: PraktikantInnen sollen keine zusätzlichen Rechte erhalten, darauf hat sich der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im September 2011 verständigt.

Die Situation der PraktikantInnen habe sich nicht verschlechtert, so die Fraktion der Regierungsparteien. Das Problem bestehe vor allem im Informationsdefizit bei PraktikantInnen und Unternehmen. Hier sei die Regierung tätig geworden und habe »auf einer schnellen und klaren Ebene« einen Leitfaden zum Thema Praktikum erstellt. ▀

Hier gibt es die Ergebnisse der Studie »Interns Revealed« (bisher nur in Englisch): <http://bit.ly/internsrevealedresults>

Bericht über die Ausschusssitzung im Bundestag: <http://bit.ly/nyCxDt>

Die heiße Phase

Am Ende der Ausbildung stehen oft brisante Fragen im Raum: Schaffe ich die Abschlussprüfung? Wie geht es weiter nach der Ausbildung im Betrieb? Damit es mit der Übernahme in ein festes Beschäftigungsverhältnis klappt, hier die neuesten Infos aus der Beratungspraxis.

Annika steht kurz vor ihrer Abschlussprüfung als Industriekauffrau. Sie hat Glück: Ihr Unternehmen hat ihr schon vor zwei Monaten eine Übernahme nach der Ausbildung angeboten – und sie kann sich nun voll und ganz auf die Abschlussprüfung konzentrieren.

Anderes sieht es bei Esther aus: Sie schreibt im »Dr. Azubi«-Forum: »Ich weiß nicht mehr weiter. In einem Monat habe ich meine Abschlussprüfung, und mein Chef will mich nicht übernehmen, hält mich hin. Ich halte diesen Druck nicht mehr aus. Was kann ich tun?«

Die Übernahme nach der Ausbildung in ein festes Arbeitsverhältnis ist ein wichtiger Schritt für junge Leute, um Berufserfahrung zu sammeln und sich zu qualifizieren. Leider gibt es keine gesetzlichen Regelungen, die eine generelle Übernahme nach der Ausbildung bindend festlegt. Falls es nicht gleich so positiv verläuft wie bei Annika, der ein Arbeitsverhältnis angeboten wird, können Auszubildende mit der Beachtung einiger Grundlagen und Tipps eine erfolgreiche Übernahme nach der Ausbildung erwirken.

Interesse und Engagement zeigen

Wer will schon einen unmotivierten Azubi einstellen? Deswegen heißt die Devise: Gerade am Ende der Ausbildung noch einmal anstrengen und Interesse, Motivation und Eigeninitiative zeigen. Auch wichtig: Engagement in der Berufsschule. Denn gute Noten sind natürlich auch ein Signal für eine gute Abschlussprüfung – und können entscheidend für eine Übernahme sein.

Werde frühzeitig aktiv

Es ist dein gutes Recht, schon frühzeitig aktiv zu werden und dich im Betrieb umzuhören: In welchen Bereichen werden Stellen frei, wo könntest du dir vorstellen, nach der Ausbildung zu arbeiten?

Ganz wichtig: Networking betreiben. Denn wenn niemand weiß, dass du gerne im Betrieb bleiben möchtest, wird auch nichts vorangehen. Die Initiative zu ergreifen ist dein gutes Recht, da du ja auch planen musst, wie es nach der Ausbildung weitergeht, falls es mit der Übernahme nicht klappen sollte. Sonst geht es einem wie Esther: Sie hat sich lange nicht getraut, die Übernahme anzusprechen. Und nun wurde ein anderer Azubi übernommen.

Vertraglich festgelegt werden kann eine Übernahme erst sechs Monate vor Ausbildungsende. Diese Regelung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG; § 12 Abs. 1 Satz 1) soll Auszubildende davor schützen, dass sie sich schon von Anfang der Ausbildung an an ein Unternehmen binden müssen und in ihrer Berufsfreiheit eingeschränkt sind. Die heiße Phase beginnt also ca. ein halbes Jahr vor Ausbildungsende.

Den richtigen Zeitpunkt abwarten!

Hier ist Strategie gefragt! Den Chef zwischen Tür und Angel abzufangen, um ihn an einem stressigen Vormittag auf die Übernahme anzusprechen, ist meist wenig erfolgreich. Vereinbare am besten einen festen Termin mit deinem Vorgesetzten oder suche dir einen ruhigen Zeitpunkt für das Gespräch!

Natürlich müssen auch immer die Unternehmensabläufe beachtet werden. In einem Betrieb mit formellen Strukturen müssen diese natürlich auch eingehalten werden. Bereite das Gespräch gut vor und sammle Argumente in Form eines Mindmappings, warum du übernommen werden sollst.

Paragrafen-Dschungel:

Anspruch auf Übernahme

In manchen Fällen ist eine Übernahme bindend geregelt, in einigen Tarifverträgen auf eine bestimmte Zeit festgelegt. Frage hierzu am besten bei deiner zuständigen Gewerkschaft nach. Wenn du Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung bist, muss der Betrieb dich auf jeden Fall übernehmen und dir ein Stellenangebot machen.

Aber Achtung: Du musst den Antrag auf Übernahme innerhalb der letzten drei Monate vor Ausbildungsende schriftlich stellen (§ 78a Betriebsverfassungsgesetz).

Klappe zu – Ernst machen

Gratulation – dir wurde eine Übernahme zugesagt. Nun heißt es, die vertraglichen Regelungen auszuhandeln. Annika hat ihren Arbeitsvertrag erst an ihrem ersten offiziellen Arbeitstag erhalten – und es waren Gehaltskonditionen vereinbart, die nicht ihren Vorstellungen entsprochen haben.

Um diese Enttäuschungen zu vermeiden und nicht hingehalten zu werden, kann der Arbeitsvertrag auch schon in der Sechs-Monats-Frist vor Ausbildungsende abgeschlossen werden. Wird dir ein unbefristeter Arbeitsvertrag angeboten, dann kann eine erneute Probezeit sogar unzulässig sein: Und zwar dann, wenn du im erlernten Beruf beschäftigt wirst.

Und wenn es doch nichts wird

Falls es doch nicht klappen sollte, heißt die Devise: Nicht aufgeben, aktiv werden. Du kannst



Termin bei Dr. Azubi mit Julia Kanzog

für Bewerbungszwecke schon ein vorläufiges qualifiziertes Ausbildungszeugnis von deinem Ausbilder verlangen. Dein endgültiges Zeugnis erhältst du dann mit Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses.

Verständlich ist, dass die Motivation bei Absage einer Übernahme nicht mehr 150 Prozent beträgt. Aber stark abfallende Leistungen wirken sich natürlich auch auf die Bewertung in deinem Zeugnis aus. Also: Zähne zusammenbeißen und durch.

Für Bewerbungsgespräche bei anderen Firmen muss dich dein Arbeitgeber sogar freistellen und weiterbezahlen. Damit es hier keine Probleme gibt, solltest du am besten einen schriftlichen Antrag stellen und genaue Angaben über dein Vorstellungsgespräch machen (§ 629 Bürgerliches Gesetzbuch).

Trick 17 – ein Versuch ist es wert

Falls du nach bestandener Abschlussprüfung weiterbeschäftigt wirst, ohne dass mit deinem Arbeitgeber ausdrücklich etwas vereinbart worden ist, hast du stillschweigend mit ihm ein Arbeitsverhältnis auf unbestimmte Zeit begründet (§ 24 BBiG). Ab diesem Zeitpunkt steht dir ein Facharbeiterlohn zu.

Auch wenn es nicht deine Traumstelle ist: Eine Übernahme macht sich immer gut im Lebenslauf. ▀

Die DGB-Jugend hat im Jahr 2009 eine Studie zum Thema Übernahme veröffentlicht: www.dgb-jugend.de/ausbildung/meldungen/uebernahme

**Traumjob
hin oder her –
die Situation
ist schwierig:
Die Übernahme
macht sich
immer gut im
Lebenslauf.**

Massenhafte Gewaltfreiheit

BJA: Die DGB-Jugend stimmt sich über ihr weiteres Vorgehen zum Thema »Dresden – Nazifrei!« ab.

Wie jedes Jahr wollen Rechtsextreme auch im Februar 2012 wieder durch Dresden marschieren. Seit 2004 ist der jährlich stattfindende Aufmarsch, der im Zusammenhang mit der Bombardierung Dresdens durch die Alliierten im Februar 1945 steht, für die Nazi-Szene zur größten und bedeutendsten Veranstaltung in Europa geworden. Dagegen regte sich massiver Protest. Und die Gewerkschaftsjugend war immer schon ein Aktivposten, wenn es um zivilen Widerstand gegen die Rechten ging.

Auch im nächsten Jahr soll dies so sein. Daher hat der Bundesjugendausschuss (BJA) des DGB, das wichtigste Gremium der Gewerkschaftsjugend, auf seiner Sitzung am 29. September 2011 in Köln – beinahe einstimmig – beschlossen, zu Aktivitäten gegen den Naziaufmarsch aufzuru-

fen und sich am bundesweiten Bündnis »Dresden – Nazifrei« zu beteiligen. (Aus berufsethischen und gesetzlichen Gründen werden sich die Mitglieder der Jungen Gruppe in der Gewerkschaft der Polizei nicht an den Aktionen beteiligen.)

»Die Botschaft: Wir engagieren uns gemeinsam im Bündnis«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf. »Unser Anliegen kann jetzt einheitlich vorgetragen werden.«

»Wir sind entschlossen, gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen und Gruppen im Bündnis den Nazis ihr Veranstaltungshighlight zu nehmen«, heißt es im Beschlusstext. »Wir sind solidarisch mit allen, die dieses Ziel teilen, und wenden uns gegen jede Diffamierung und Kriminalisierung von antifaschistischem Engagement.«

Die Gewerkschaftsjugend habe Respekt vor der individuellen Trauer der Dresdnerinnen und Dresdner, die während der Bombardierung der Stadt Familienangehörige und Freunde verloren

haben, heißt es abschließend. Dennoch müsse diese Trauer immer in dem kollektiven historischen Bewusstsein eingebettet sein, dass die Bombardierung Dresdens kein Angriffskrieg gegen Deutschland war, sondern eine Reaktion auf den Vernichtungskrieg eines menschenverachtenden deutschen Nationalsozialismus.

Für konkrete Aktionsformen bezieht sich die DGB-Jugend auf die erfolgreiche Strategie der letzten Male – und betrachtet Massenblockaden ausdrücklich als legitimes und zivilgesellschaftlichem Handeln. Die Grundlage für den Erfolg des Bündnisses in den vorangegangenen Jahren sei jener Konsens gewesen, »der Massenblockaden als Aktionsform des zivilen Ungehorsams festschrieb und der von allen Gruppen und Organisationen mitgetragen wurde – und das Bekenntnis, dass von dem Bündnis keinerlei Eskalation ausgeht«. Die Aktivitäten richten sich ausdrücklich nicht gegen die KollegInnen von der Polizei. ▀



Zum »Decent Work Day« am 7. Oktober 2011 traf sich die DGB-Jugend mit jungen AktivistInnen aus vier Kontinenten zur großen Konferenz. Anschließend gab es eine Aktion für Gewerkschaftsrechte bei T-Mobile

BJA: Weitere Beschlüsse

Kennzeichnungspflicht

Der BJA beschließt die Unterstützung der Kampagne »Mehr Verantwortung bei der Polizei« von Amnesty International. Die Bürgerrechtsorganisation hatte sich gegen Gewalt durch PolizistInnen stark gemacht und sich für eine individuelle Kennzeichnung ausgesprochen – wie sie in anderen Ländern üblich ist.

Die DGB-Jugend lehnt Gewalt gegen PolizeibeamtInnen ebenso ab wie Gewalt und Willkürmaßnahmen, die von PolizeibeamtInnen gegen Demonstrierende verübt werden, heißt es in einem einstimmig gefassten BJA-Beschluss.

PolizistInnen sollen nach dem Willen der Gewerkschaftsjugend eine Kennzeichnung bekommen – aber sie soll nicht als namentliche Kennung gestaltet werden: »Es liegt in der Verantwortung der Polizei, unter Einbeziehung der Personalvertretung und der Gewerkschaft der Polizei, ein verständliches Kennzeich-

nungssystem zu entwickeln, das eine Gefährdung der eingesetzten PolizistInnen ausschließt.«

*

Bildungsstreik

Derzeit laufen die Vorbereitungen für die nächste Bildungsstreikwelle. Schon seit dem Frühjahr finden bundesweite Treffen statt, bei denen Perspektiven möglicher Bildungsproteste diskutiert wurden.

Der BJA hat beschlossen, dass die Gewerkschaftsjugend den Bildungsstreik wie in den vorangegangenen Jahren unterstützt. Über Bündnisse vor Ort – wie mit Gruppen von SchülerInnen und Studierenden kooperiert wird – soll nach Sachlage entschieden werden. Kosten für Materialien werden vom DGB-Bundesvorstand übernommen. Zentrale Forderungen des Bildungsstreiks sind u.a. die Rücknahme

aller Bildungsgebühren und Zulassungsbeschränkungen im Studium. Es geht aber auch um die Übernahme nach der dualen Ausbildung und die Einführung einer Umlagefinanzierung.

Insbesondere am und um den 17. November 2011 wird es Demos, Proteste, Besetzungen und andere Aktionen geben. Die Bildungsstreikaktivitäten sollen in die DGB-Jugend-Initiative »Wie willst du leben?« integriert werden.

Infos zum Bildungsstreik: www.bildungsstreik.net

*

Beschlossene Termine

Die BJA-Sitzungen des Jahres 2012 werden stattfinden am: 7. bis 8. Februar, 24. bis 25. April, 13. bis 14. September, 4. bis 5. Dezember 2012.

Infos zu den BJA-Beschlüssen: DGB-Jugend, E-Mail: jugend@dgb.de, Tel.: 030 / 240 60 166



Hands up in Köln: Die junge Generation hat genug. IG Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer

Jugend muss Chefsache sein

Jugend-Aktionstag der IG Metall: 20.000 TeilnehmerInnen fordern in Köln eine bessere Politik für die junge Generation.

Übernahme?« – »Unbefristet!« halts es im Frage-Antwort-Spiel von links nach rechts am Kölner Heumarkt. La-Ola-Wellen rollen über den Platz. »Ich bin seit Ende meiner Ausbildung im Frühjahr schon in meiner zweiten Befristung. Auch die läuft bald aus. Jetzt muss ich bald zum Arbeitsamt. Das kann doch nicht sein«, beschwert sich die junge Gewerkschaftsaktive Isabel aus Hannover.

»Laut und stark« – unter diesem Motto haben sich rund 20.000 junge Menschen zum Jugend-Aktionstag der IG Metall in Köln am 1. Oktober 2011 getroffen. Der Aktionstag ist ein wichtiger Baustein der IG Metall-Jugend-Kampagne »Operation Übernahme«, mit der die Gewerkschaft für die Zukunft junger Menschen kämpft.

Die Azubis haben ein Anliegen wie Isabel – oder andere Probleme auf ihrem Weg ins Berufsleben. »Bei jungen Menschen lässt sich am einfachsten kürzen, streichen und Löhne drücken«, kritisiert der Bundesjugendsekretär der IG Metall, Eric Leiderer. Sie dürften nicht von

der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt werden.

Die IG Metall wirft Politik und Wirtschaft vor, die Interessen junger Leute über Jahre hinweg ignoriert zu haben. »Wir wollen ein Zeichen setzen, damit die Politik endlich die Themen der jungen Generation auf die politische Tagesordnung setzt, sie zur Chefsache macht«, bekräftigt Detlef Wetzel, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, später auf der Hauptkundgebung. ▀

Die IG Metall hat ihre Forderungen in der »Charta Junge Generation« zusammengefasst:
<http://bit.ly/r7UnkM>

Aktivposten

Kein Freibrief für Steuerflüchtige: Die **Gewerkschaftsjugend** unterstützt die Kampagne gegen das Steuerabkommen mit der Schweiz. Bevor es in Kraft tritt, muss auch der Bundesrat zustimmen, in dem Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat.

Über 55.000 Menschen haben bereits einen Appell an die Ministerpräsidenten unterzeichnet. Je mehr Unterschriften, desto besser.

Soli aktuell urteilt: Gut so. Immer auf der Flucht sein, ist doch doof, Kapital.

www.campact.de/steuer/sn1/signer

Neue Gewerkschaftsstruktur, neue Jugend, neue Zeitung: »Sprachrohr« heißt das Magazin, das die **EVG-Jugend** – der Zusammenschluss der jungen Leute aus den Bahngewerkschaften Transnet, GDBA, GdED – jetzt zum ersten Mal herausgebracht hat. Es erscheint im DinA4-Format, ist quatschbunt und ganz wie die Deutsche Bahn flott unterwegs.

Soli aktuell meint: Willkommen im Club!
www.evg-online.org/jugend/

Mit einem symbolischen Hürdenlauf hat die **DGB-Jugend Bremen** im September 2011 vor dem Haus der Bürgerschaft protestiert. Die Aktion richtete sich »gegen die Hürden, die jungen Menschen auf dem Weg zu einem Ausbildungsplatz von Politik und Wirtschaft in den Weg gelegt werden« – die mangelnde Auswahl an Ausbildungsplätzen, schlechte Schulbildung u.a.

Soli aktuell findet: Wirkungsvoller Hinderlauf.

www.dgb-jugend-bremen.de

Ab 2012 haben alle Beschäftigten im Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen 36 Werktag Urlaubanspruch. Ein 25-Jähriges **ver.di**-Mitglied hatte mit Unterstützung der Gewerkschaft gegen eine altersabhängige Urlaubsregelung geklagt und sich durchgesetzt.

Soli aktuell weiß: Ferien kennen keine Altersgrenze.

www.verdi-jugend.de

Mit einer außergewöhnlichen Aktion hat die **DGB-Jugend Hessen** im September 2011 auf

die Ausbildungssituation in der Region aufmerksam gemacht: Unter einem Ortseingangsschild der Stadt Gießen hatten junge GewerkschafterInnen ein eigenes Ortsschild angebracht. Da stand jetzt nicht wie sonst »Universitätsstadt« drauf, sondern: »1.275 fehlende Ausbildungsplätze.«

Soli aktuell sagt: Öfters mal die Stadt verschönern.

<http://bit.ly/dgbj-giessener-zeitung>

Die **IG Metall Niedersachsen** hat einen Flächentarifvertrag für dual Studierende abgeschlossen – das erste Mal, dass ein Tarifvertrag durchgesetzt werden konnte, der umfassende Regelungen für dual Studierende beinhaltet. Die Handwerksbetriebe übernehmen die Studiengebühren und unterstützen Studierende zusätzlich während der Regelstudienzeit monatlich in Höhe der Ausbildungsvergütung.

Soli aktuell überlegt: Ich glaube, ich schreibe mich in Niedersachsen ein.

<http://bit.ly/dgbj-dual>

Tipp des Monats

Welche staatlich anerkannten Ausbildungsberufe gibt es? Welche Berufe können in einer dualen Ausbildung und welche an Berufsfachschulen erlernt werden?

Das Verzeichnis »Die anerkannten Ausbildungsberufe 2011« informiert über 349 Ausbildungsberufe im dualen System und an Berufsfachschulen, Ausbildungszeiten u.a. – sei es in der Industrie, im Handwerk oder im öffentlichen Dienst.



Der statistische Teil informiert über die Verteilung der Ausbildungsberufe in sämtlichen Berufsbereichen in den Jahren 2002 bis 2010 und die Anzahl der Auszubildenden seit 1970.

BIBB (Hg.): Die anerkannten Ausbildungsberufe 2011,
W. Bertelsmann-Verlag, Bielefeld 2011, 362 S., 29,90 Euro

Das neue Sachbuch: Die IG Metall untersucht die Interessenslage junger Leute – natürlich unter dem Gesichtspunkt der Arbeitswelt.

Berthold Huber, Detlef Wetzel (Hg.): Junge



Generation. Studien und Befunde zur Lebenslage und den Perspektiven der bis 35-Jährigen, Schüren-Verlag, Marburg 2011, 220 S., 19,90 Euro

Das komplette Wissen: Der DGB hat einen komplett überarbeiteten Hartz-IV-Ratgeber veröffentlicht. Alles über die neuen Regelsätze, das Bildungspaket und die Änderungen bei den Unterkunftskosten.



DGB (Hg.): Ratgeber Hartz IV - Tipps und Hilfen des DGB (Neuaufgabe 2011).
Bestellungen: www.dgb-bestellservice.de



Ganz wichtig, Leute! Die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) macht auf ihr Mentoringprogramm aufmerksam: HBS-AltstipendiatInnen stellen sich als Ansprechpartner, Jobvermittler und Zuhörer zur Verfügung. HBS-StipendiatInnen können sich wiederum als Mentees bewerben.

Ziel des Programms: jungen Leuten einen optimalen Übergang in den Beruf zu ermöglichen.

<https://boecklernet.de>

(Leider) Notwendiges Wissen: Mobbing bestimmt oft den Ausbildungsalltag. Der Bund-Verlag hat den ultimativen Ratgeber zum Thema psychische Gewalt neu aufgelegt.



Axel Esser, Martin Wolmerath: Mobbing und psychische Gewalt,
Frankfurt/M. 2011, 304 S., 16,90 Euro

Impressum

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 172

E-Mail: jkiontke@web.de

Internet: www.dgb-jugend.de

Druck: PrintNetwork pn GmbH

Redaktion: Jürgen Kiontke

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

Hattingen - Seminare

Präsentieren und Visualisieren: Der Einsatz der richtigen Techniken ist in der Bildungsarbeit wie in vielen Berufsfeldern ein fester Bestandteil. Sie ermöglichen und erleichtern den wirkungsvollen Aufbau eines (Kurz-) Vortrags, das selbstsichere Referieren sowie eine überzeugende visuelle Unterstützung, »sodass sich das Publikum positiv motiviert und angesprochen fühlt« (Astrid Henn, DGB-Jugendbildungswerk).

25. bis 27. November 2011. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Students at Work - Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Studierende I: Hier geht's um umfassende Kenntnisse und aktuelle Entwicklungen im Arbeits- und Sozialrecht. Die BeraterInnen sollen Studierende motivieren, ihre Rechte im Job und an der Universität einzufordern.

25. bis 27. November 2011. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB-Bundesvorstand,
Abteilung Jugend und Jugendpolitik
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin